

Bezugspreis: Vierteljahr 45.- M., monat 15.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug monatlich 12.- M., einmal für den halben Preis. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, des Saar- und Westpreußen, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Vordonau 25.- M. für das übrige Ausland 32.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Dänien, Schweden, Dänemark, Holland, Vordonau, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Beilage „Bildung und Kiengarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise des Vorwärts sind in der Beilage „Anzeigen“ des Vorwärts vom 1. Dezember 1921 veröffentlicht. Die Preise verstehen sich einschließlich der Anzeigenvermittlung.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Wortwahl 151 95-97
Expedition Wortwahl 117 53-54

Donnerstag, den 15. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Wortwahl 117 53-54

Das sterbende Rußland.

Ein neuer Hilferuf Nansens.

Moskau, 13. Dezember. (Intef.) Die Vertretung des Deutschen Roten Kreuzes hat von Frhlfhof Nansen folgenden Funkpruch erhalten:

Habe Samara und Umgebung besucht. Das Elend übersteigt die schlimmsten Befürchtungen. Die Gegend von Duzulak, wo die Quäker arbeiten, umschließt 915 405 Einwohner. Von diesen haben 537 000 keine Nahrung mehr. Während der Monate September, Oktober, November sind 30 405 gestorben, aber die Sterbezahl steigt fortwährend, und bis zum Frühjahr werden zwei Drittel der Einwohner verendet sein, falls ausreichende Hilfe nicht sofort anlangt. In der Stadt Duzulak werden jeden Morgen tote Männer, Frauen und Kinder auf der Straße aufgefunden, andere bleiben tagelang liegen, da keine Möglichkeit besteht, sie wegzuschaffen. Ich selber sah eine von den Hundstößen zerfressene Leiche auf der Straße. Auf dem Friedhof sah ich einen Haufen von ungefähre 80 Leichen, meistens Kinder, ohne jegliche Bekleidung, da diese von den Überlebenden zu sich genommen war. Diese Leichen waren im Laufe von zwei Tagen mit dem Leichenwagen hingeführt. Ich fragte den Totengräber, wieviel Tote täglich eintrafen, er antwortete, er wisse das gar nicht, da sie haufenweise abgeliefert werden. Den Eindruck der Hundstöße von Kindern, deren Körper nur aus Haut und Knochen bestehen und die sich kaum aufrichten lassen, sowie der verwelkten Mütter, die um Nahrung für die sterbenden Kinder stehen, kann ich gar nicht beschreiben. Die Männer sind völlig teilnahmslos und sehen dumpf in die hoffnungslose Zeit.

Diese Beispiele stammen aus einer Gegend, wo die Zustände besser sind als in anderen Teilen des Gouvernements Samara. Die Verhältnisse sind ähnlich oder schlimmer im großen Teil des ganzen östlichen Rußlands. Die amerikanische Organisation und die Quäker arbeiten großartig. Die Schweden sind eben angekommen und nehmen ihre Tätigkeit auf.

Aber all diese Hilfe kann nur die Oberfläche des Elends berühren. Die Bevölkerung, ohne eine Klage zu äußern, wartet im Todeskampf auf die Hilfe der anderen Völker Europas, auf die sie fest hofft. Jede verlorene Minute bedeutet Hunderte von Todesfällen. Wir brauchen Getreide als Nahrungsmittel und Saatgut für nächstes Frühjahr. Die Felder sind verwüstet und geodert, aber es fehlt an Saat. Die Völker und Regierungen Europas müssen erwachen, diese Tatsachen und das Juchbare, das sich hier abspielt, begreifen. Im Namen der Menschlichkeit muß diesem Zustande abgeholfen werden. Es ist spät, aber Zeit ist noch genug für tätiges Eingreifen.

Nr. 8 der deutschen Morgenausgabe der „Gazeta Dziennik Opatowski“ hervor, in dem mit recht zynischer Offenheit zugegeben wird, daß der neue Zolltarif mit dem Zweck verfolgt, Danzig von seinem deutschen Hinterland zu trennen und die Freistadt in einen Hafen Polens umzuwandeln. Das Blatt gesteht auch ohne weiteres ein, daß Danzig dadurch in eine bedrängte Lage kommt. Es heißt in dem Artikel: „Das Öffnen der Grenze zwischen Danzig und Polen müßte natürlich einen Ausgleich der Preise nach sich ziehen, in diesem Falle zuungunsten Danzigs, denn das Einkaufsgebiet wäre eben Polen.“ Dieses Eingeständnis Polens, sich auf Kosten deutschen Nachbargebieten mästen zu wollen, verdient immerhin festgehalten zu werden. Man wird nicht umhin können, den Vertretern Polens diese Rechnung in Oberschlesien zu präsentieren.

Reparationskommission / Naturalleistungen

Paris, 14. Dezember. (WIB.) Die Reparationskommission, die den Wert der bis zum 1. Mai abgelieferten Schiffe auf 745 Millionen Goldmark festgelegt hatte, hat beschlossen, dem Kreditkonto Deutschlands 10,2 Millionen Goldmark mehr gutzuschreiben und eine Abordnung nach Berlin zu schicken, welche die Maßnahme zu überprüfen hat, die das allgemeine Verfahren der Naturalleistungen vereinfachen und abkürzen soll.

Sie hat ferner beschlossen, der Tschechoslowakei das Unrecht auf die Wiederherstellung zuzuerkennen kraft der Friedensverträge von Versailles, Trianon und St. Germain seit dem 28. Oktober 1918, dem Tage der Aneignung der Tschechoslowakei als verbündeter Macht, die vor dem Waffenstillstand verbündet war.

Paris, 14. Dezember. (WIB.) Die Abreise Briand nach England ist für Sonntag, den 18. Dezember, vorgezeichnet.

Belgien für Erfüllung.

Paris, 14. Dezember. (WIB.) Der belgische Finanzminister Lhéris, der zukünftige Ministerpräsident, erklärte einem Vertreter der „Liberté“, in dem belkischen Reparationsproblem mühten Belgien und Frankreich unlösbar vereint bleiben. Deutschland könne kein neuer Zahlungsausschub gewährt werden, auch kein Moratorium. Deutschland müsse ausführen.

Abrüstungsbeginn? Das Flottenarsenal der Vereinigten Staaten hat Anweisung erhalten, die Stärke der Flottenbesatzung um 10 000 Mann herabzusetzen.

Fürs Weihnachtsfest der Märzopfer.

Auf unsere Bitte, für die Familien der Märzopfer eine kleine Weihnachtsbesonderheit zu bereiten, gingen bisher weiter ein: Kollegen der Firma Boch, Steglitzer Straße 130, Frau Feder und Genoffinnen 39, B. S. 100, Stollwerk L.-G. Schlosserei 127, Metzlarbeiter der Zigarettenfabrik „Karmir“ (Maschinenfabrik) 240, Personal Leberfabrik Hermann Kaufmann 256, Beamte des Postamtes 42 373,50, Gefompersonal der Druckerei Döhning u. Hanning 100, Familie C. R. 20, Angestellte des Zentralbureaus der Lithographen 120, Ch. M. 20, Sozialistische Correspondenz 300, D. Br. 300, Ahrens 300, Sanf, Charlottenburg, 20, Dr. Raddbruch 400, Tittel 10, Treptan, Reinholdsdorf, 5, Oske, Zehlendorf, 200, Paquan, Pantow, 16, Wangerin, Siemensstadt, 25, Zacharias, Charlottenburg, 10, Großjahn 100, Gesellen der Firma Hilsgärtner 40, Reinhardt 5, Dreeslow 15, Behmann, Nowawes, 20, Elze, Schöneberg, 100, Stralow 20, Starke u. Co. 20, Staake, Finkenberga, 10, Sidelum, Sacrow, 100, Flotow, Steglitz, 10, Roffa 5, Kollwitz 100, Esther u. Moritz 10, Röske 15, Loose 5, Unbekannt 5, Gostig 10, Sammlung der Kollegen aus der Abteilung der Firma Cosler u. Co. 85, R. Schulz 25, Ludwig 5, Menzner 5, Vohndamm 20, Sekretäre und Angestellte des Parteivorstandes, 1. Rate, 558, Kahl, Mahlsdorf, 5, Bereit 10, E. S. R. 20, Koeder, Schöneberg, 100, Personal der Firma Krohn 92, Borchert 20, Segawa 10, Held u. Lohse 10, Hadardt 10, Sternke, Charlottenburg, 20, Batruslat 20, Ludwig 20, A. R. 20, Rander, Lichterfelde, 10, Weinert 10, Innungsbratentasse der Schuhmacher 50, Scheibe, Setalitz, 10, Müller 5, Hemming 5, A. R. 50, Peiser 10, Frau Jensch 100, Deutsch, Kassenheide, 50, Vereinigung der Freunde von Religion 25, Paul, Tempelhof, 10, Bachmann 20, Kramer, Niederschönhausen, 34, Ried, Britz, 50, Rosenfeld 100, Schierich, Reuthaus, 20, Schätze 10, Uebertreue u. Schubert, Bergfelde, 20, Jiggel, Schöneberg, 50, Unbekannt 50, Geschäftsstelle der V. D. B. 120, Cieplik 10, Peite 5, Bönick 5, Gauer 5, Bernhardt 20, Koffube 10, H. Sch., Reuthaus, 20, Schünzel 10, Maschinenseher und Korrektoren der Firma Schert 122, Hahle 200, Baruth 10, Komps 30, Julius 20, Boisch, Schöneberg, 10, Summa 6053,50 M. Insgesamt 11 855,50 M.

Zahlungen werden auf Postcheckkonto 37 536, Vorwärtsverlag G. m. b. H., unter dem Kennwort „Märzopfer“, in der Expedition des „Vorwärts“, Loden, Lindenstr. 3, im Sekretariat des „Vorwärts“, Sekretariat der SPD, Reuthaus, Jägerstr. 65, von 4-6 Uhr, Vormittagspensionen Redorstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29, angenommen. Die Anträge werden täglich veröffentlicht.

Genoffinnen, Genossen! Gebt, was Ihr könnt, vor allem aber gebt rasch! Rebellion des „Vorwärts“.

Brüder in Not.

Die Schicksalsfrage der Tschechoslowakei.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakischen Republik hat gestern in Leitzen ihren Parteitag geschlossen. Es war ein proletarisches Klein-Deutschland, das sich da in der deutschen Grenzstadt der Tschechoslowakei an der Elbe zusammenfand. Sächsischen, bayerischen, schlesischen Mundarten wechselten durcheinander. Von drei Seiten bringt deutsches Sprachgebiet in das tschechoslowakische Staatsgebiet ein, und überall ist es der Sitz hochentwickelter Industrien. Stände nicht ein Soldat mit fremder Rüge vor dem Eingang des Gasthofs, in dem der Parteitag stattfindet, so würde kein reichsdeutscher Besucher merken, daß er hier im Ausland unter „Ausländern“ ist.

Allerdings, hörte man die Reden, die hier gehalten wurden, dann merkte man sehr geschwind, daß die Probleme, mit denen hier gerungen wird, andere sind als die bei uns. Die deutschen Arbeiter dieses Staates kämpfen nicht nur als Proletariat gegen die kapitalistische Ausbeutung, sondern auch als Deutsche gegen die nationale Unterdrückung. Sie sind durch den Zwang der Tatsachen nicht nur sozial, sondern auch in hohem Grade national eingestellt. Obwohl sie Angehörige nicht der 2. sondern der 1. Internationale sind, empfinden sie nicht nur als proletarische Klassengenossen, sondern, kaum weniger stark, auch als deutsche Volksgenossen.

Es kann nicht geleugnet werden, und wird von einsichtigen Tschechen auch nicht geleugnet, daß den Deutschen in der Tschechoslowakei viel Unrecht geschieht. Der Umsturz vom November 1918 hat die Tschechen zu Herren gemacht, nicht nur in ihrem eigenen Sprachgebiet, sondern weit darüber hinaus. Und dieses kulturell hochstehende und politisch sonst kluge Volk hat den Vorzügen einer ihm möglich in den Schicksal gefallenen Macht nicht zu widerstehen vermocht. Große, keine noch ausschlaggebende Teile von ihm haben noch nicht begriffen, daß es für ihren jungen Staat, auf den sie stolz sind, kein gefährlicheres, keine Existenz tiefer zerrüttendes Gift gibt als einen überspannten Nationalismus.

Es ist richtig, daß in manchen Gegenden des tschechoslowakischen Staatsgebietes früher eine Bedrohung des deutschen Elements gegenüber dem tschechischen stattgefunden hat, und daß es nun ein gerechter Ausgleich war, wenn man den einen etwas nahm und den andern etwas gab. Was aber in Wirklichkeit geschehen ist, das schießt weit über das Ziel hinaus und ist noch weit mehr als eine Umkehrung alten Unrechts in neues Unrecht. Der Versuch, 8 1/2 Millionen Deutschen die Sprache aufzudrängen, die von 6 1/2 Millionen Tschechen gesprochen wird, grenzt an Wahnsinn. Es muß zu ganz überwiegigen, für den Staat unhaltbaren Zuständen führen, wenn das nationale Lebensrecht einer so starken Minderheit einfach negiert wird.

Die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei leiden unter nationaler Bedrückung. Aber was ihr Leiden noch verneht, ist der Umstand, daß die tschechische Sozialdemokratie Mitglied einer Regierungskoalition ist, die an den Deutschen Unrecht tut, und daß sie dieses Unrecht mitunter sogar auch äußerlich deckt. Die Zerrissenheit der Internationale und ihre Schwäche in der Bewältigung nationaler Probleme wird von niemandem bitterer empfunden, als von den deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei.

Das Tragische an diesen Verhältnissen ist, daß auch die tschechischen Sozialdemokraten bis zu einem gewissen Grade nur die Opfer einer zwangsläufigen Entwicklung sind. Die tschechoslowakische Republik konnte nur von den Tschechen begründet werden, die Deutschen standen ihr völlig ablehnend gegenüber, und bis jetzt ist es nicht gelungen, eine deutsche Partei zur positiven Mitarbeit in der Regierung heranzuziehen. Die Regierungsarbeit muß von den Tschechen allein geleistet werden, aber auch das ist nur dann möglich, wenn alle tschechischen Parteien gegen alle nichttschechischen zusammenhalten. Die Republik wird jetzt regiert von einer „nationalen Konzentration“, die alle Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den reaktionären und ultranationalistischen Nationaldemokraten umfaßt. Diese Koalition hört in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokraten aus ihr austreten, auf, über eine Mehrheit zu verfügen, bricht aber die Mehrheit zusammen, dann ist das Chaos da.

Die tschechischen Sozialdemokraten sind auf diese Weise mit den tschechischen bürgerlichen Parteien in eine „nationale Einheitsfront“ gedrängt, und bis zu einem gewissen Grade ist das auch bei den deutschen der Fall: wenn diese auch ein Koalitionsverhältnis zu den deutschen bürgerlichen Parteien consequent ablehnen, so treffen sie sich doch mit ihnen auf dem gemeinsamen Boden der Opposition. Folge davon ist, daß deutsche und tschechische Sozialdemokraten einander vorwerfen, sie wären „nationalistisch“.

Die tschechischen Sozialdemokraten lassen aber dabei doch das Bestreben erkennen, den eisernen Ring, mit dem sie an die bürgerliche Reaktion geschmiedet sind, zu zerbrechen. Sie wünschen den Eintritt der deutschen Sozialdemokraten in die Regierung und damit stellen sie diese vor eine ungeheuer schwere Entscheidung.

Die deutschen Sozialdemokraten können mit Recht sagen, daß ihr Eintritt in die Regierung erst nach einem völligen

Danzig vor neuen Schwierigkeiten.

Am 1. Januar 1922 soll der Freistaat Danzig nach dem Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen zolltechnisch an Polen angegliedert werden. Inzwischen hat die polnische Regierung einen neuen Zolltarif ausgearbeitet, der sich zunächst gegen die deutsche Einfuhr richtet, aber in seinen Wirkungen das Wirtschaftsleben der Danziger selbst bedroht. Durch die polnischen Zollsätze werden die aus Deutschland eingeführten Waren im Preise verdoppelt, zum Teil verdrei- und vervierfacht. Die Zollsätze übersteigen die bisherigen Verkaufspreise fast durchweg um die gesamte Preishöhe, zum Teil um das Vielfache des bisherigen Preises. Zum Beispiel käme nach dem vorgesehene Tarif zu dem Verkaufspreis für ein paar wollene Socken von 24 M. noch 30,49 M. Zoll, bei einem baumwollenen Herrenhemd mit einem Verkaufspreis von 29,50 M. würde der Zollzuschlag 53,90 M. betragen, auf einen baumwollenen Jacketanzug im Preise von 700 M. laftet 1048 M. Zoll, die Kosten für einen wollenen Wintermantel steigen durch den Zoll von 650 auf 1737 M. Die Lebenshaltung gerade der werktätigen Bevölkerung wird mithin durch den Tarif stark beeinträchtigt. Daß er auch auf einzelne Gewerbe und Industrien einen ungünstigen Einfluß ausübt, wird ersichtlich, wenn man bedenkt, daß auf den an und für sich hohen Zöllen nach dem neuen Entwurf ein Goldzuschlag von 39 900 Proz. (bisher 14 900 Proz.) und 79 900 Proz. (bisher 19 000 Proz.) laftet.

Die Danziger Handelskammer hat dem Senat und dem Volkstag eine Eingabe übermittelt, in der auf die Gefahren dieses neuen Zolltarifs hingewiesen und vor allem darauf aufmerksam gemacht wird, daß wenigstens eine genügende Uebergangsfrist die Härten herabmildern müsse. Es steht zu hoffen, daß die Vertreter Danzigs mit neuen Verhandlungsvorschlägen an die polnische Regierung herantreten werden. Im Interesse Polens und der polnischen Regierung wäre es, diesen Vorschlägen zu einer gütlichen Einigung nicht von vornherein ablehnend gegenüberzutreten. In einem Augenblick, in dem Polen seine Konsolidation im Südwesten sucht, kann es unmöglich Nachentzweie nach Norden austreten, ohne unliebsame Rückfälle im Südwesten befürchten zu müssen.

Daß man sich in Polen der Tragweite des neuen Zolltarifs für Danzig durchaus bewußt ist, geht aus einem Artikel in

innerpolitischen Umschwung erfolgen könnte. Denn sie können zwar daran arbeiten, die Tschechoslowakei zu einem Freistaat zu verwandeln, der für alle ihre Völker wohnhaft ist, aber sie müssen vor dem Gedanken zurücktreten, das sie, Minister geworden, als die Unterdrücker ihres eigenen Volkes erscheinen könnten. Sie würden dann als „Regierungssozialisten“ ebensolange nach links verlieren, wie als Verräter an ihrem Volk nach rechts.

Von der andern Seite wird den deutschen Sozialdemokraten gesagt, daß ein innerpolitischer Umschwung nicht möglich ist, solange alle deutschen Parteien dem tschechoslowakischen Staat gegenüber leere Abstinenz- und Negationspolitik trieben, daß er aber da sei in dem Augenblick, in dem eine deutsche Partei in einer Regierungskoalition mitentscheidenden Einfluß übte und deutsche Sozialdemokraten als Minister der tschechoslowakischen Republik mit im Kabinett säßen. — Das ist der Fehlerkreis, aus dem ein Ausweg noch nicht gefunden ist.

Einstweilen sind die ganzen Zustände widerspruchsvoll und unnatürlich. Man denke sich ein ganzes Volk, das in keinem Innern keine Parteigegensätze dulden kann, wenn es nicht seine nationale Stellung und vielleicht seinen Staat selbst verlieren will. Auf einer solchen Koalitionsgeleere müßte alles geistige Leben, jeder politische Fortschritt erstickt. Tatsächlich aber — denn die Natur der Klassengegensätze läßt sich nicht unterdrücken — herrscht in der alltschechischen Konzentration der bitterste Streit der Parteien. Ihr Auseinanderbrechen ist nur eine Frage der Zeit.

Was dann? So fragen sich die Deutschen, so fragen sich aber auch die tschechischen Sozialdemokraten. Und die Hoffnung braucht nicht aufgegeben zu werden, daß für den Augenblick der Krise eine gemeinsame Antwort gefunden werden kann. Gäbe es eine einheitliche, starke Internationale, der die beiden Parteien angehörten, so wäre das Suchen nach einer Lösung wenigstens erleichtert. Aber außerhalb der Tschechoslowakei kümmert man sich wenig darum, wie sich die sozialdemokratischen Parteien jenes Landes gegenseitig befeinden und wie sie sich mit ihren eigenen Räten abfinden. Und doch ist die Frage, was aus der tschechoslowakischen Republik wird, denn ihrer geographischen Lage für ganz Europa von viel größerer Bedeutung, als es der Größe und Volkszahl des Landes entspricht, vielleicht von entscheidender!

Eine tschechoslowakische Republik, die in friedlichem Zusammenleben ihrer Völker ihre reichen wirtschaftlichen Kräfte voll entwickelt, die ein Freund ihrer Nachbarn ist und mit ihnen in sozialer Beziehung Schritt hält — das ist eine Forderung an die Zukunft, die im Interesse einer friedlichen, freiheitlichen Entwicklung ganz Europas Erfüllung finden muß. Hier liegt eine überaus wichtige Aufgabe international sozialistischer Politik.

Der Papierwucher.

Maßnahmen der Regierung.

Amlich wird durch W.B. mitgeteilt: Das Erscheinen einzelner Tageszeitungen ist dadurch in Frage gestellt, daß die Druckpapierindustrie ihr obliegende Verpflichtungen zur Papierlieferung nicht rechtzeitig erfüllt. Soweit dies auf Kohlen- und Wagenmangel zurückzuführen ist, werden die erforderlichen Maßnahmen mit allem Nachdruck getroffen. Im übrigen liegt die Vermutung nahe, daß wegen der am 1. Januar 1922 bevorstehenden Preiserhöhung mit den Lieferungen zurückgehalten wird. Von einem süddeutschen Freistaat sind bereits Ermittlungen über die Richtigkeit dieser Vermutungen im Gange. Weitere Feststellungen dieser Art werden eingeleitet werden. Auch wird eine Einschränkung der Druckpapierausfuhr eintreten müssen, wenn nicht in der Beseitigung notleidender Zeitungen mit Druckpapier alsbald eine Besserung eintritt.

Ein steiniger Weg.

Ein Frauenbuch liegt vor mir, das ich dem Inhalt nach schon länger kenne, weil ich es entstehen sah und seinen Werdegang verfolgen konnte. Es ist keine Uebersetzung für mich, aber ich empfinde bei seinem Anblick eine große Freude, weil es das geworden ist, was ich erwartet habe und weil ich weiß, daß viele Frauen, daß alle Genossinnen sich darüber freuen werden. Klar und schlicht erzählt Ottillie Baader aus ihrem Leben und aus ihrem Werden als Sozialistin. Aber es ergeht uns beim Lesen merkwürdig, sehr bald tritt die Erzählerin scheinbar ganz zurück. Sie erzählt ein Stück Geschichte der proletarischen Frauenbewegung. Sie läßt die Jüngeren, die diese Zeit noch nicht erlebten und die, die in der späteren Zeit noch abwärts gestanden haben, hineinschauen in das Kämpfen und Arbeiten einer Zeitepoche, die noch gar nicht so lange hinter uns liegt, die aber fast vergessen ist. Wenn Ottillie Baader erzählt, wie sie, fast noch ein Kind, in der Nacht keine Mänscheten mit der Hand gekloppt hat, das Paar für einen Groschen, nachdem sie schon tagsüber zwölf Stunden gearbeitet hatte, dann steigt der Sommer einer ganzen Generation vor uns auf. Sie schildert weiter, wie sich die Nähmaschine ihren Platz erobert hat und wie die Arbeiterinnen doch eigentlich keinen Vorteil davon hatten. Die Böhne waren erbärmlich. Während des Deutsch-Französischen Krieges erlebte sie ihren ersten Lohnkampf, von dessen Erfolg die Arbeiterinnen selbst überroscht waren. Als „Bestylerin einer eigenen Nähmaschine“ hat O. B. dann auch das Glend der Heimarbeit kennen gelernt. Hören wie sie selbst:

Von morgens um 6 bis nachts um 12 mit einer Stunde Mittagspause wurde in einer Tour „getrompelt“. Um 4 Uhr aber wurde aufgestanden, die Wohnung in Ordnung gebracht und das Essen vorbereitet.

Ergreifend bei aller Schlichtheit sagt sie:

... und die Jahre vergingen, ohne daß man wußte, daß man jung war und ohne daß einem das Leben etwas gegeben hätte.

Man sieht das Suchen nach ein wenig Lebensfreude und -inhalt, wie nur ernsthaft Menschen danach suchen können, nach geistigem Leben und nach einer Verwendung der Kräfte über den nothen Existenzkampf hinaus, aber letzten Endes doch aus diesem geboren. Es ist das Streben nach der Verbesserung der Lebensbedingungen. Aber das eigene Ich hinweg, gemeinsam mit den andern. Aber deutlich und klar sieht man dabei, daß mit diesen gemeinsamen Kämpfen für eine ganze Schicht ein inneres Wachstum verbunden ist, das auch inneren Reichtum gibt. Wir leben — mit den Augen einer Frau — das Sozialistengesetz wieder einmal vor uns aufsteigen, und sehen die Anfänge einer bewußten sozialistischen Frauenbewegung, gehemmt und in der Entfaltung gehindert durch veraltete Vereinsgesetze und Postzensuren. Und so manche der Frauen stehen vor uns auf, die schon vor Ottillie Baader und später mit ihr

*) Ein steiniger Weg, Lebenserinnerungen von Ottillie Baader. Vorwärtsverlag. Preis geb. für Einzeleremplare 16 M., durch die Parteiorganisationen bezogen bei 10 Exemplaren je 12 M., bei 25 Exemplaren je 10 M. Bestellungen nimmt auch entgegen Frau Marie Juchacz, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3.)

Vollversammlung des Reichskohlenrates.

Gestern tagte im Reichswirtschaftsministerium der Reichskohlenrat. Die Tatbestände des Berichts, der dort gegeben wurde, sind im allgemeinen bekannt. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß unsere Kohlenverhältnisse allein durch die Wiedergutmachungsleistungen bestimmt würden. Neben dem Verlust wichtiger Teile Oberösterreichs ist es die Preisfrage und die falsche Behandlung der Arbeiterangelegenheiten, die die Haupthindernisse auf dem Wege zur Befundung der Kohlenwirtschaft darstellen.

Es kam im Verlauf der Verhandlungen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Reichsvorkehrs- und Reichswirtschaftsministerium, wiewohl jenes mit Ausnahme der Entente Kohle für die Reichseisenbahn beschlagnahmt hat.

Verbandsdirektor Genosse Husemann wendet sich entschieden gegen die Behauptung, daß die Bergarbeiter an der Kohlennot schuld sind. Derartig unberechtigte Behauptungen würden nur die vom Reichsarbeitsministerium angebotenen Verhandlungen wegen der Ableistung von Ueberschichten erschweren. Man könne aber von den Bergarbeitern nicht verlangen, daß sie Ueberstunden ohne bestimmte Zusagen oder Äquivalente leisten. Auch dürften die Ueberstunden nicht nach den gewöhnlichen Sätzen bezahlt werden. Aber nicht nur die Bergarbeiter und die Eisbahner müßten mehr leisten, sondern auch andere Kreise, insbesondere die Landwirte.

Stinnes ritt eine Attacke gegen die Eisenbahn, das Reichswirtschaftsministerium, die Kohlenzwangswirtschaft, zu geringe Kohlenpreise und für Weltmarktpreise. Man kennt allgemach diese Melodie. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der der Reichskohlenrat eine 30 v. H. überschreitende Kohlensteuer als eine für das deutsche Wirtschaftsleben zurzeit unerträgliche Belastung erklärt und entschieden Widerspruch erhebt gegen die beabsichtigte Ausschaltung der maßgebenden Mitwirkung des Reichskohlenrates bei der künftigen Durchführung des Kohlensteuergesetzes.

Geldentwertung und Einkommensteuer.

Die furchtbare Geldentwertung, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, macht die Steuerfrage des Einkommensteuergesetzes für die kleinen Lohn- und Gehaltseinkommen zur Unträglichkeit. Obgleich die Lohn- und Gehaltserhöhungen der Geldentwertung bei weitem nicht entsprechen, bewirken sie doch in vielen Fällen ein Aufsteigen in höhere Stufen des Einkommensteuertarifs. Die Folge ist, daß die über 24 000 M. hinausgehenden Einkommensteile mit 20 statt mit 10 Proz. die über 30 000 M. hinausgehenden mit 25 Proz. besteuert werden usw. Aus den Kreisen unserer Reichstagsfraktion ist daher schon vor geraumer Zeit die Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Geldentwertung verlangt worden. Das Finanzministerium machte jedoch keine Vorlage. Dagegen brachten dieser Tage das Zentrum und die Bayerische Volkspartei einen Initiativgesetzentwurf ein, dem aber unsere Vertreter im Steuerauschuß die Unterschrift verweigerten, weil er die hohen und höchsten Einkommenstufen viel mehr zu entlasten geeignet ist als die unteren.

Der Entwurf ist in der gestrigen Reichstagsitzung an den Steuerauschuß verwiesen. Aber schon in der Vormittagsitzung des Steuerauschußes beantragte Genosse Reil, die Körperschaftsteuern zurückzustellen und in die Beratung des neuen Entwurfs sofort einzutreten. Zur Begründung wurde angeführt, das Abänderungsgesetz müsse noch vor Weihnachten verabschiedet werden und in Rücksicht auf das Verjähren bei der Lohnsteuer am 1. Januar 1922 in Kraft treten. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf die Abg. Fischer (Dem.), Heffnerich (Dnat.) und Becker (D. Vpt.) zu verstehen gaben, daß ihnen alles an der Entlastung der großen Einkommen liege, wurde der Antrag angenommen. In der sachlichen Debatte über die neue Vorlage vertrat Genosse Reil sodann den Standpunkt, daß die Heraushebung der Grenze, bis zu welcher der Steuerfuß von 10 Proz. gilt, aus sozialen und verwaltungstechnischen Gründen dringend geboten sei. Auch in den mittleren Einkommenstufen sei eine Milderung des Tarifs gerechtfertigt. Bei den großen Einkommen könne die Sozialdemokratie aber den Vorschlag des Entwurfs, den Satz von 60 Proz. erst bei 3 Millionen, statt bei 400 000 M. beginnen zu lassen,

zusammen Pionierarbeit für den Sozialismus geleistet haben; sie nennt sie mit Namen. Die meisten sind tot, andere stehen noch der Spaltung im anderen Lager, einige stehen noch in unseren Reihen in der Kleinarbeit. „Aber, wenn auch die Namen vergessen sind, ihre Taten leben, und der gute fruchtige Same, den sie säten, der ging auf und trug Früchte.“ Alle haben sie ihr beständiges Teil beigetragen im Emanzipationskampf der Arbeiterinnen, haben persönliche Opfer gebracht, haben aber auch die Befriedigung kennen gelernt, die allein schon in dem Erfassen einer großen Idee liegt; sie sind von anderen, die nach ihnen kamen, abgelöst worden.

Darin liegt der große Wert des Buches: Wir, die wir Zukunft gestalten wollen, brauchen dieses Bild in die Vergangenheit, weil wir vieles aus ihr lernen können.

Es ist ein wertvolles, köstliches Geschenk, das uns die 74jährige Genossin, die die Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung bis zum Jahre 1908, bis eigene Bescheidenheit sie zurücktreten ließ, geweiht ist, hier gibt.

Wer von uns wünscht sich nicht neben den nützlichen, heute oft so bitter entbehrten Gegenständen des Tagesbedarfs auch etwas Schönes auf den Weihnachtstisch? Hier haben wir ein Buch, das ganz sicher jedem Mädchen, jeder Frau eine willkommene Weihnachtsgabe sein wird.

Marie Juchacz.

Ein Musikfilm. Das Bestreben, das erlahmende Interesse des Kinopublikums durch neue Sensationen anzuregen, hat das New Yorker Capitol-Theater, das größte Kineotheater der amerikanischen Metropole, auf dem Weg der Illustrierung des Toninhalts eines Musikstücks durch farbige Beleuchtung geführt, ein Weg, der, wenn er sich auch kaum als gangbar erweist, doch gewiß den Reiz der Neuheit für sich hat. Zu dem Experiment wurde Tschaikowskys oft gespielte Konzertsouverture „1812“ gewählt. Wie sich die bekannte Komposition in der neuen Beleuchtung dem Publikum präsentierte, erzählt uns dem nachstehenden Bericht: „Bei der langsamen Einleitung, die von Geigen und Cello in feierlicher Harmonie ausgeführt wird, hält sich die Bühne in ein weiches Lichtgewand, in dessen Farben das Blau vorherrscht. Dann malt die Musik die schrittweise Annäherung der angreifenden französischen Armee; während man von fern her den dumpfen Klang der Trommeln hört, erklingen die ersten Trommelschlag stammen rötliche Lichtstrahlen auf der Bühne auf, die über die Kämpfe in den Zuschauerraum vordringen und die Logenbrüstungen in rote Beleuchtung tauchen. Je näher und lauter die kriegserfüllten Klänge erklingen, desto heller und stärker schwellen die Farbtöne des roten Lichts an. Wenn dann der vollständige Klang der „Marschallaise“ den Sieg der Franzosen verkündet, schwillt im Einklang mit den Orchesterinstrumenten die Flut des roten Lichts immer höher an, bis schließlich das ganze Haus in eine rote Wolke gehüllt ist. Wenn dann die russische Nationalhymne in den Musikinstrumenten des Orchesters ertönt und in mächtigem Crescendo ansteigt, wenn die Kloden Moskwa mit lauter Stimme verkünden, daß der Sieg erzwungen ist, gehen die roten Farbtöne in ein glänzendes Bernsteinweiß über, das bis zum Schluß des Musikstücks immer leuchtender wird, bis am Schluß ein Strom goldenen Lichts, das aus allen Richtungen herdringt, das ganze Haus überflutet.“

nicht mitmachen. Das würden die breiten Volksmassen, denen man gleichzeitig die erhöhte Kohlensteuer, die Umsatzsteuer und andere Verbrauchssteuern aufbürdet, nicht verzeihen und nicht vertragen. Geboten sei ferner eine Erhöhung der Freigrenzen für die Ehefrau, die Kinder und für die Werbungskosten. Solbmann und Dr. Herz (U.S.P.) sprachen in gleichem Sinne. Herold (Ztr.) erklärte, daß seine Fraktion von ihrem Antrag nicht abweichen könne. Die Beratung wird heute fortgesetzt, ein neuer Antrag unserer Fraktion wurde in Aussicht gestellt.

Neue Bahnen der Kulturpolitik.

Ein erlebtes Buch ist aus dem Kopf und Herzen des früheren preussischen Kultusministers Haenisch geflossen. Man sieht überall einen wirklichen Kulturmenschen mit der zurückgebliebenen Unkultur des wilhelminischen Zeitalters ringen. Haenisch findet ein zugrunde gewirtschaftetes, erschöpftes Land und ein verarmtes, geistig und moralisch schwer erkranktes Volk vor, als er, von dem festen Glauben an Deutschlands großer Kulturmission erfüllt, der Volksbildung, Kunst und Wissenschaft neue Wege weisen will. Was Haenisch in den furchtbaren Jahren des Zusammenbruchs und der spartanischen Unruhen erlebt hat, sagt er in diesen bildkräftigen Worten zusammen: „Noch heute habe ich in der Erinnerung an diese Jahre manchmal die Empfindung jenes Reiters, der über den Bodensee ritt ...“

Unverdorben beginnt Haenisch seine Tätigkeit: er führt einen erfolgreichen Kampf für eine wenigstens einigermaßen würdige Lehrerbeförderung, er befreit den Landlehrer aus der sozialen Abhängigkeit von dem Dorfgewaltigen, er sucht den Lehrer aus der Sphäre der bisherigen „Abseits- oder Unterbildung“ emporzuheben und ihm die Pforten der Hochschule zu öffnen, er baut die örtliche Schulverwaltung neu auf, die den Lehrern und Eltern, den Elternbeiträgen eine weitaus erweiterte Mitwirkung einräumt. Er befestigt die geistliche Schulaufsicht. Der körperlichen Ausbildung der Schuljugend widmet Haenisch keine besondere Aufmerksamkeit; er bekämpft die Unfälle der körperlichen Züchtigung in seinem Erlass vom 24. April 1919, er trägt den Geist der Volkserziehung durch einen besonderen Erlass in die Schule hinein, legt eine reformierende Hand an den Geschichtsunterricht und sucht die Volkshochschule (siehe seine Volkshochschulverträge) zur Bekämpfung einer neuen geistigen Bildung im Volke zu erheben. Die Schule soll nach ihm zu einer Gemeindefortschritt- und Arbeitsschule werden. Der neue Kultusminister tritt in enge Fühlung mit den Lehrern, Studenten- und Schülerfreisen, schafft ein neues Studentenrecht, gründet mit Büdemann die „Akademie der Arbeit“ und führt Gewerkschaftskurse zur Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre ein. Die Hochschule für Musik erlebt neu, und neue Männer werden an die Leitung der Bühnen, der Museen und Kunstakademien berufen.

Jeder Volksgenosse, der in der Frage des deutschen Wiederaufstiegs nicht zuletzt eine Erziehungsfrage sieht, wird aus dem Werk Konrad Haenisch: Neue Bahnen der Kulturpolitik (Verlag H. W. Dietz Nachfolger, Stuttgart, und Buchhandlung Vorwärts, Berlin) stärkste Anregungen erhalten.

Das Kammergut gehört dem Volk!

Fraunshweig, 14. Dezember. (W.F.) Bei der Beratung des Verfassungsentwurfs stimmte die Mehrheit der Landesversammlung einer Entlastung des Staatsministeriums zu, daß das gesamte Kammergut nicht Eigentum des vormaligen Herzogshauses ist, sondern dem Staate gehört. Ein demokratischer Antrag, mit Rücksicht auf den vom Herzog angestrebten Prozeß auf Herausgabe des Kammergutes diesen Grundbesitz nicht in der Verfassung zu verankern, wurde abgelehnt und in Artikel 11 ausgeprochen, daß alles Staatsgut einschließlich des Kammergutes Eigentum der Gesamtheit des Volkes ist.

Kappes Defensivallie. Der eine der beiden Briefe Kappes an Schiele, die im Kapp-Prozeß verlesen wurden und hinter die Kulissen der reaktionären Berichterstattung leuchten, wird jetzt durch die W.F. im Wortlaut veröffentlicht. Der Inhalt ist zum größten Teil bekannt. Ein Eingehen auf die entscheidenden Stellen behalten wir uns zu gelegener Zeit vor.

Lösung der Japfrage. Einer Washingtoner Meldung zufolge ist die Japfrage durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Japan geregelt worden. — Nach einer Washingtoner Meldung ist Japan bereit, die japanischen Postbüros in China vom 1. Januar 1923 aufzugeben.

Die ersten Drude des Volkskunstverlags. Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben vor einiger Zeit einen „Volkskunstverlag“ unter dem Namen „Das Bild“ gegründet, der das Genossenschaftsprinzip der Volksbühnen auf die bildende Kunst überträgt. Zwei dieser Genossenschaft ist sachungsgemäß: „die Herausgabe und der Vertrieb originalgetreuer Wiedergaben von Werken bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart. Durch Ausschaltung jedes Kapitalgewinns soll es auch den minderbemittelten Volksschichten ermöglicht werden, sich mit den Werken aller und neuer Meister vertraut zu machen.“ — Die ersten drei Drude dieser Genossenschaft liegen nunmehr vor: „Das Balkonzimmer“ von Adolf Menzel, „Der Kohlenläufer“ von Richard Schulz und „Ideale Landschaft“, ebenfalls von Richard Schulz. Die Genossenschaft hat das modernste Vervielfältigungsverfahren angewandt, das bisher eigentlich nur durch die hervorragenden Drude der „Margaritengesellschaft“ der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, und es erscheint der Ausdruck „originalgetreue Wiedergabe“ in der Tat nicht übertrieben. Nicht nur alle Farben und Zwischenöne des Originals, sondern auch die Pinselführung und die Unebenheiten der Oberfläche werden genau wiedergegeben. Trotzdem ist der Preis der originalgetreuen Bilder verhältnismäßig niedrig, er beträgt 45 M. für das gebundene, 105 bis 115 M. für das gerahmte Blatt.

Hygieneklinik der Harvard-Universität. Durch eine Gabe der Rockefeller-Stiftung von 1785 000 Dollar wird die Harvard-Universität ein Hygieneklinik erhalten, das mit allen neuzeitlichen Einrichtungen ausgestattet ist. Mit dieser Summe, die nach um weitere 500 000 Dollar erhöht werden kann, soll nicht nur ein passendes Haus für das Institut gebaut werden, sondern man will auch die wissenschaftliche Forschung und den Unterricht fördern, indem neue Fächer, wie Immunologie, medizinische Zoologie, physiologische Hygiene und andere dem Lehrplan eingefügt werden. Wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, gibt es jetzt zehn solcher hygienischer Schulen in den Vereinigten Staaten, die nicht nur von Ärzten, sondern auch von Ingenieuren, Chemikern, Biologen usw. stark besucht werden.

Der Abgrund von Paris. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in den Pariser Blättern über das Verschwinden von Frauen und Mädchen berichtet wird. Eine polizeiliche Statistik, die soeben veröffentlicht wird, zeigt, daß der Abgrund von Paris täglich wenigstens 30 Mädchen und Kinder verschlingt und daß von diesen höchstens zwei Drittel wiedergefunden werden.

Die Freie Zeitschrift wählte in ihrer Generalversammlung Max Beckstein zum Vorsitzenden. Den Gesamtvorstand bilden ferner die Walter Erich Hefel, Ulrich Hübner, Rudolf Lepp und Karl Waller, sowie die Stabschef Hermann Goller und Richard Scheiba. Geschäftsführer bleibt Ferdinand Müller.

Stiftungen deutscher Verleger für die Berliner Kunstgewerbebibliothek. Die Auslieferung „Buch und Bild“ im Kunstgewerbe-Museum zu Berlin hat das gute gehabt, daß aus ihr eine große Anzahl deutscher Verleger ihre Werke für die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums gestiftet haben, im Hinblick auf die vielen Anregungen, die das deutsche Kunstgewerbe der Kunstgewerbebibliothek seit langer Zeit zu verdanken hat.

Die Not des besetzten Rheinlandes.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurden die Beschlüsse über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren ohne Aussprache dem Postausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Kohlensteuergesetzes.

Abg. Koenen (Komm.) erklärt, diese Vorlage sei der Gipfel der Schamlosigkeit, denn sie bringe eine Verteuerung der Kohle um 40 Proz. in einer Zeit, in der die Bevölkerung zu erstarben droht.

Abg. Braun (Soz.) ruft, es sei besser, die Proletarier zahlen bei uns Kohlensteuer, als daß sie in den von den Kommunisten beherrschten Ländern erstickten. (Präsident Lohde ruft den Abg. Koenen zur Ordnung, weil er das Gesetz als Gipfel der Schamlosigkeit bezeichnet.)

Die Vorlage wird darauf dem Ausschuss für Verbrauchssteuern überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Erhöhung der Tabaksteuer.

Abg. Riedmiller (Soz.) lehnt den Einspruch der Kommunisten ab. Die Interessenten zerrren die Regierung nach rechts und nach links; wenn es danach ging, läme das Gesetz überhaupt nicht zustande.

Abg. Mehrhof (U. Soz.) hält die doppelte Belastung des Tabaks durch Zoll und Steuern für zu schwer.

Die Vorlage geht an den Ausschuss für Verbrauchssteuern.

Der Gesetzentwurf über die weitere Verlängerung der Versicherungsfrist des Seeverkehrsrechts bis zum Schluß des Jahres 1922 wird in allen drei Lesungen angenommen. — Es folgt das Gesetz zur Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes bis zum 31. Dezember 1922. — Das Gesetz wird auf Antrag Gothein (Dem.), der eine Verlängerung bis zum 30. Juni 1922 befürwortet, einem Ausschuss überwiesen. — Hierauf tritt das Haus in die Beratung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln ein. Danach dürfen Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur mit oder durch Vermittlung der Reichsbank oder solcher Banken und Bankiers abgeschlossen werden, die Depot- und Depositenkonten geschäftsmäßig betreiben dürfen und die, soweit sie nicht Staatsbanken sind, im Handelsregister eingetragen sind und, soweit sie ihre Geschäftsbetriebe im Inland betreiben, staatsbehördlich anerkannten Fondsbörsen regelmäßig besuchen oder durch ihre Vertreter besuchen lassen. — Reichswirtschaftsminister Schmidt bittet, die Vorlage möglichst ohne Ausschussberatung zu erledigen. — Auf Antrag Dr. Helfferich (Dnat.) wird die Vorlage dem Steueraussschuß überwiesen.

Es folgt ein Gesetzentwurf über die Wahlen nach der Reichsverfassungsordnung. Danach soll die Amtsdauer der Vertreter der Unternehmer und der Versicherten bis zum Ende des Jahres 1922 verlängert werden. — Ministerialdirektor Schulz teilt mit, daß der Aufbau der Wahlen der Reichsversicherungsordnung geändert werden wird, und daß eine entsprechende Vorlage im Januar dem Reichstag zugehen wird. — Nach weiterer ungewöhnlicher Debatte wird das Gesetz auch in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Es folgt die erste Beratung des von den Abgg. Marx (3.) und Emminger (Bagr. Volksp.) eingebrachten Antrags zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. Danach soll die Einkommensteuer betragen für die ersten 40 000 M. des Steuerbaren

Einkommens 10 Proz., für die weiteren 10 000 M. 15 Proz., für die weiteren 10 000 M. 20 Proz., für die weiteren 40 000 M. 25 Proz., für die weiteren 200 000 M. 30 Proz., für die weiteren 200 000 M. 35 Proz., für die weiteren 500 000 M. 40 Proz., für die weiteren 500 000 M. 45 Proz., für die weiteren 500 000 M. 50 Proz., für die weiteren 1 000 000 M. 55 Proz. und für die weiteren Beträge 60 Proz. — Die Vorlage wird auf Antrag des Abg. Bohmann (Dem.) dem Steueraussschuß überwiesen. — Es folgt die erste Beratung des von den Abgg. Müller-Franken (Soz.), Marx (3.), Herat (Dnat.), Dr. Becker-Hessen (D. Sp.), Henke (U. Soz.), Erkelenz (Dem.), Barg (Komm.), Reich (Bagr. Volksp.) eingebrachten Gesetzentwurfs zur Herabsetzung der Versicherungsfrist, der Versicherungsberichtigung und der Grundlöhne in der Krankenversicherung. Die Versicherungsgrenze beträgt 40 000 M. — Die Vorlage wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. — Das Ortsklassenverzeichnis wird dem Beamtenausschuß überwiesen.

Darauf wird die Aussprache über die Interpellation Dr. Stresemann (D. Sp.) bezüglich der

Vorkommissionen in der Pfalz

fortgesetzt.

Abg. Berndt (Dnat.): Mit einer bloßen Mißbilligung ist dem Volke nicht geholfen. Wir fragen die Regierung, ob sie die bisherige Politik des stillen Leidens und Duldens weiter verfolgen will oder ob sie offensive Politik treiben will?

Abg. Koresl (Dem.): Die vom Minister gestern hier geführte Sprache wird im Rheinland und in Frankreich nicht mißverstanden werden. Der Redner hätte erkennen müssen, daß die Arbeiter ihre nationale Treue bewiesen haben. Der eigentliche Quell der Unterdrückung ist die Wohnungsnot, die durch die Besetzung entstanden ist. Von einer Verminderung der Besatzungstruppen ist auch keine Rede mehr, das Gegenteil ist der Fall. Die Einrichtung eines Schiedsgerichtsverfahrens für eskalante Fälle von Gewalttätigkeit wäre sehr erwünscht. Die Verklammerung des rheinischen Volkstums hebt bei uns alle Parteischränken auf.

Abg. Herkel (U. Soz.): Nicht die Anhängerschaft des alten Deutschlands bildet das feste Band, das die Rheinlande an Deutschland festsetzt, sondern dieses Band ist die Arbeiterschaft. Die rheinischen Arbeiter wird man auf keine Weise überzeugen können, daß ihre Interessen anderswo besser gewahrt werden als in der deutschen Republik. In der Revolutionszeit aber haben die Kapitalisten den Einzug der fremden Truppen freudig begrüßt, um mit ihrer Hilfe die Arbeiter- und Soldatenräte zu unterdrücken. Bedauerlich ist es, daß es anscheinend keine Behörde gibt, die für Personenschäden im besetzten Gebiet zuständig ist. Helfen Sie dem besetzten Gebiet die schweren Lasten tragen, und die Rheinlande sind nicht gefährdet.

Abg. Fries (Komm.): Keine Partei wird von den Franzosen so schlecht behandelt wie die Kommunisten. Dagegen werden vielfach die Kommunisten von deutschen Staatsbürgern den Besatzungsbehörden denunziert. Wir verurteilen die ganzen Vorkommissionen, weil wir genau wissen, daß eine Loslösung der Rheinlande die Kampfkraft des deutschen Proletariats schwächen würde.

Damit ist die Interpellation erledigt. — Das Haus verliert sich auf Donnerstag 2 Uhr: Zentruminterpellation über das Saargebiet, Ortsklassenverzeichnis, Tabaksteuer, keine Vorlagen und Ausschussberichte. — Schluß 4 1/2 Uhr.

chaft und dafür bürgt die Reichsverfassung. Diese will eine einheitliche Lehrerbildung für ganz Deutschland. Die finanzpolitischen Hindernisse müssen überwunden werden. Der Lehrer muß das Recht haben, alle Schulen besuchen zu dürfen. Erst muß das Reichsschulgesetz da sein, bevor über die Fachbildung eine Entscheidung gefaßt wird. — Ich bin für absolute Gewissensfreiheit. (Zuruf des Komm. Kap.) Herr Kap, wenn Sie länger im Landtag wären, würden Sie wissen, daß ich immer dafür eingetreten bin. Die Sammelkassen für die Kinder ohne Religionsunterricht die mein Amisovorgänger Haenisch einrichtete, will ich nicht abschaffen, aber diese Sammelkassen sind keine weltlichen Schulen. Die weltliche Schule wird kommen, aber sie mag in freier Konkurrenz mit anderen Schularten zeigen, was sie kann.

Abg. Hoffmann (U. Soz.): Die Einheitsschule erfordert einen einheitlichen Lehrerstand mit einheitlicher Ausbildung. Der Geschichtsunterricht und die Schulaufsicht werden vielfach noch im alten wilhelminischen Geist ausgeübt.

Der Kultusrat wird entsprechend den Vorschlägen des Hauptausschusses angenommen, ebenso eine Entscheidung, in der der Landtag die Einrichtung siebenklassiger Seminare ablehnt.

Haushalt des Finanzministeriums

schloß der Ausschuss eine Reihe von Erhöhungen der Ausgabenmittel für Besetzung usw. vor. Ferner wird das Staatsministerium ersucht, auf eine Erhöhung der Beirteilung der Länder an den Reichsteuern hinzuwirken, damit die Länder die erhöhten Gehälter ihrer Beamten bestreiten können. Zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung liegt ein Antrag auf Verschleissung der Rückerstattung der von den Lohn- und Gehaltsempfängern zuviel gezahlten direkten Steuern vor, sowie ein Antrag auf Vorlesung einer Denkschrift, aus der der Verlust hervorgeht, den Preußen in den abgetretenen Gebieten erlitten hat, und über die Frage der eventuellen Entschädigung durch das Reich.

Abg. Lüdemann (Soz.):

Die Finanzen des preussischen Staates müssen auf eine solidere Basis gestellt werden. Die Republik hat alle Ursache, sich zu hüten, nicht in den Fehler des alten Staates, in die Schuldenwirtschaft, zu verfallen. Wir hoffen, daß alle Parteien Wert darauf legen, für den Staat die Mittel herbeizuschaffen, um diese Schuldenwirtschaft zu vermeiden. Es ist die Pflicht eines jeden, auf seinem eigenen Gebiet zu zeigen, daß er bereit und fähig ist, die vorhandenen Steuermöglichkeiten auszunutzen. Den Ländern obliegt zugleich die Fürsorge für die Finanzen der Gemeinden. Auch zwischen den Ländern und Gemeinden haben wir eine Wechselwirkung. Nur wenn die Steuern reiflos eingezogen werden, können Länder und Gemeinden zu dem Gelde kommen, das sie brauchen. Wir betrüben die Erfassung der Steuer an der Quelle und sind mit dem System und dem Prinzip der Lohnsteuer einverstanden. Klein ist ein unerträgliches Zustand, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte seit Jahr und Tag ihre Steuer entrichten, während der Besitz nur sehr langsam zu den Steuern herangezogen wird. Ein gerechter Ausweis ist unter allen Umständen notwendig und es ist nur eine Forderung der Billigkeit, wenn die Reichsfinanzämter so schnell wie nur möglich die zuviel gezahlten Beträge den Arbeitern, Angestellten und Beamten zurückerstatten.

Der alte Staat hatte ein paar Töwen, darunter vor allem den Landrat und den Militärämter, mit denen er alles machen zu können glaubte. Die Einkommensteuer des alten Staates gegenüber der Arbeiterschaft führte zum Scheitern. Mehr als bisher müssen einfache Personen dem Beamtenapparat einräumt werden. Wenn man von der freien Bahn für die Tüchtigen spricht, dann darf auch

die Frau nicht vergessen

werden. Auf diese Weise kann der Minister die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltungen erhöhen. Für die Republik aber ist es gut, wenn treue, zuverlässige und geübte Kräfte aus der Masse des Volkes in den Dienst des Staates gestellt werden.

Nachdem je ein Redner des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gesprochen hat, erklärt

Finanzminister Dr. v. Richter:

Der Etat für das Rechnungsjahr 1922 wird dem Landtag spätestens am 20. Januar vorgelegt werden. (Webb. Beifall.) Ich bitte um seine schnelle Verabschiedung, denn sie ist die Vorbedingung für die Herbeiführung gesunder staatspolitischer Zustände. Ich warne daher, unsere Finanzlage optimistisch anzusehen. Die Verhältnisse im Reich sind

geradezu katastrophal.

Preußen ist aber vom Reiche abhängig. Größte Sparlichkeit ist notwendig. Durch den Verleierter Vertrag werden auch die Staatskosten zugrunde gerichtet. (Webb. Zustimmung.)

Es sprechen noch in später Abendstunde je ein Redner der Unabhängigen und der Kommunisten.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Kleine Vorträge, Fortsetzung der Etatberatung, Große Anfragen über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule zu Charlottenburg. Schluß 4 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Legale Steuerhinterziehung.

Dem Arbeiter und Angestellten wird die Steuer bei der Lohnzahlung abgezogen. Selbst wenn er zu viel gezahlt hat, hilft ihm das wenig. Die Steuerbehörde zögert die Veranlagung Monat um Monat hinaus und so gelingt es den meisten nicht einmal, ihre zu viel gezahlten Beträge zurückzuerhalten, selbst wenn sie inzwischen in Not geraten sein sollten. Anders geht es dem Besitz. Die Besitzsteuern werden mit unglaublicher Langsamkeit behandelt. Schon bei der Veranlagung zur Steuer setzt der Beitrag ein. Ein ganzes Heer von Bcherrrevisoren und Steueranwlten hat nichts anderes zu tun, als für die Besitzenden die Steueranforderungen zu bearbeiten mit dem Erfolg, daß nur der genau im Gesetz festgelegte Betrag gezahlt wird. Nun gibt es kein Gesetz, das so vollkommen wäre, daß es nicht irgendwelche Lücken für die Steuerumgehung ließ. Hier setzt die Tätigkeit der famosen Rechtsberater ein. In welcher Weise dabei vorgegangen wird, dafür einige Beispiele:

Vor uns liegt das Rundschreiben einer Gesellschaft für Treuhandgeschäfte, die ihre Kunden folgendermaßen berät: Steuererklärungen sind in Erwartung von Gesetzesänderungen, bezugsrndlichen Entscheidungen der Steuerämter usw.) nicht eher als notwendig abzugeben, alle Fristen auf Fristverlängerungen auszunutzen. Am einzelnen wird davor gewarnt, welche Fragen die Finanzämter in besonders günstigem Sinne für den Steuerzahler behandeln. Die ganze Moral des Unternehmens spricht aus folgenden Shen:

„Mit Unterbilanzen auszuwarten, ist fast immer sinnlos und nur in Ausnahmefällen nützlich.“ (hier wird also offen zugegeben, daß die Steuerbilanz nicht im Sinne der Wahrhaftigkeit, sondern im Sinne der „Rücksicht“ gemacht, d. h. erlogen wird.) Dazu werden auch einige Ratschläge gegeben. „Nur der Schaffung von Gewinnreserven wird die Schaffung von Verlustreserven bedeutsam werden.“ „Möglichst viel aus dem Kapitalvermögen ins Betriebsvermögen bringen.“ Für die Umgehung der Kapitalertragssteuer wird der Rat gegeben, man solle beim Verkauf eines Betriebes Ratenzahlungen verlangen, den Kaufpreis entsprechend höher stellen und dafür die Zinsen für die noch ausstehenden Raten in Wegfall kommen lassen. „An Kapitalertragssteuer ist dabei kein Gedanke.“

Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, wie planmhig und bewußt die Lücken der Steuererlasse zur Umgehung der Steuern ausgenutzt werden. Die Winke ergeben nicht etwa verrausch, sondern in einem ganz offenen gedruckten Rundschreiben, das eine Urmenge von Ratschlägen für die Sabotage der Besitzsteuern enthält. Wir fragen das Reichsfinanzministerium, ob es diesem schonlosen Treiben länger zusehen will? Ist es unfähig, solche offenen Steuerdefraudationen unmöglich zu machen, so ist es zum mindesten verpflichtet, auch für die Besitzsteuer Formen zu finden, die gegen alle Bilanzkunststcke gesichert sind. Man greift nicht, wie es dann noch ein Steuerbeamter geben kann, der die von der Sozialdemokratie geforderte Erfassung der Sachwerte ablehnt. Denn es ist ja das Letzte an diesen ganzen Machenschaften, daß sie sich durchaus auf geistlichem Boden abspielen. Und es ist geradezu ein öffentlicher Skandal, daß es nicht nur einzelne Leute, sondern sogar richtige Gesellschaften gibt, die gegen ein anständiges Honorar die Sabotage der den Besitz treffenden Steuern berufsmhig betreiben.

Der Arbeiter kann sich einen Steueranwalt nicht leisten. Selbst wenn er sich ihn leisten könnte, so erfolgt der Lohnabzug doch noch den gesetzlichen Bestimmungen, und keiner kann ihm entgegen. Der Besitz jedoch beträgt für die Tausende von Mark, die er dem Steueranwalt zahlt, das Reich um Hunderttausende oder Millionen. Aber es gibt immer noch Leute, auch solche, die sich Demokraten nennen, welche behaupten, daß der Besitz von der Vermögenssteuer erdrückt werde!

Butter, Margarine, Schmalz.

Man schreibt uns: Veranlaßt durch das stille Geschäft sowie die etwas grheren Eingänge frischer Butter möchten die Preise weichen. Die heutige amtliche Notierung ist: 1a Qualität 40 M. Die Margarinepreise sind abermals um 5 M. pro Pfund ermhigt worden.

Die Preisverhandlungen beim Schmalz haben angehalten. Die heutigen Notierungen sind: Choice Bestern Steam 23 M., Berliner Bratenfett 24,50.

Im Speck war nur mhige Nachfrage. Geklterter mittelfester Rckenfett notiert 23 M.

Die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Nach R. Calmer stellen sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierkppigen Familie, Eltern und zwei Kinder, pro Woche im November dieses Jahres auf 473,08 M. gegen 418,42 M. im Oktober 1921. Die Steigerung gegen den Vormonat beträgt demnach 55,47 M. pro Woche. Roachstehende Tabelle zeigt die Bewegung der Reichsindizes, die auf Grund der Lebensmittelpreise von circa 200 Wägen Deutschlands berechnet wurde, seit 1914.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes pro Woche in Mark:

	1914	1918	1919	1920	1921
November	27,86	62,49	108,83	857,05	473,08

Die Justiz deckt Taschengeld. Der Allgemeine Wahlverein in Düsseldorf, der bekanntlich infolge von Sozialisationen tiefste Verluste erlitten hat und der Pleite gegenüberstand, hatte an das hiesige Amtsgericht den Antrag gerichtet, zur Vermeidung des Konkurses unter Gerichtsaufsicht gestellt zu werden. Das Gericht sollte das Gutachten eines Sachverstandes ein, das behauptete, daß die Verluste unter den Auswirkungen des Krieges entstanden sind und daß bei veränderten Verhältnissen die Geliebung der Bank möglich ist. Daraufhin hat es die Gesellschaft auffsicht verhängt. Der mobilblndige Amtsrat hat offenbar vergessen, daß der Allgemeine Wahlverein erst im April dieses Jahres, also 2 1/2 Jahre nach Kriegsende begründet worden ist, und daß die Verluste eben dadurch entstanden sind, daß die Bank Gemeinnutzen an den Auswirkungen des Krieges erzielen wollte. Hätte sie die Gewinne gemacht, so hätte die Allgemeinheit nicht davon gehabt. Statt dessen sind Verluste eingetreten — und die Justiz deckt die Taschengelder. Wenn jetzt nicht der Doller auf 400 kommt ...

Der technische Weihnachtsmann.

Neue Erzeugnisse der mechanischen Spielzeugindustrie.

In der Spielzeugindustrie hat sich langsam eine Revolution vollzogen. Das Spielzeug ist den Fortschritten der Technik gefolgt und den hochentwickeltesten Arbeitsmethoden in den Fabriken ist es wiederum zu danken, daß all das mechanische Spielzeug in vollendeter Weise hergestellt und feilgeboten werden kann.

Vorliebe für kleine Eisenbahnen.

Die ganze Verkehrstechnik ist in einer schier unüberschaubaren Reihe von Modellen vertreten. Insbesondere das Eisenbahnwesen hat eine liebevolle Behandlung erfahren. Lokomotiven, die mit Dampf, Elektrizität oder Uhrwerk betrieben werden, sind in den verschiedensten Ausführungen da.

Eine Dampfmaschine für 5000 M.

wurde in einem Geschäft gerade verkauft, als wir uns dieses Meisterwerk der Mechanik ansehen wollten. Was war das für eine prächtige Maschine! Die feineren waren die Ventile, Wasserstand und Manometer ausgeführt!

ines Dampfmaschinen, kostet 10 M. Manche von ihnen waren mit einer Dynamo direkt gekuppelt, so daß den Jungen das Wesen der Lichterzeugung wunderbar demonstriert werden kann.

Das mechanische Kleinspielzeug.

Neben diesem Spielzeug, das immerhin eine mehr oder minder ernsthafteste Nachbildung technischer Dinge ist, gibt es noch mannigfaltiges lustiges Zeug, das mechanisch, d. h. durch Uhrwerk, bewegt wird.

Groß-Berlin

Jugend und Kunst.

Vor den Teilnehmern der Reutlinger Jugendpflege wachte sprach Prof. Leo Kestenberg vom Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung über die Beziehungen der Kunst zur Jugendpflege.

Ablehnung der erhöhten Droschkenpreise.

Der Magistrat hat die beantragte Erhöhung der Tarife für die Benzol-, Elektro- und Pferdetrocknen vorläufig abgelehnt. — Vor allem müsse bei den Benzol-Droschken für umfangreiche Versorgung mit dem wesentlich billigeren Reichstrahlkraftstoff gesorgt werden.

Kavaller und Räuber.

Abenteuertüftigen Damen zur Warnung.

Der Polizeipräsident hat vor kurzem eine Warnung veröffentlicht, die sich besonders an die Adressen jener abenteuertüftigen Damen richtete, die allzu leicht auf Promenadenbekanntschaften eingehen.

Razzia mit Ruß!

Umfangreiche Razzien veranstalteten gestern abend mehrere Streifen des Polizeipräsidiums. Bereits gegen 7 Uhr abends wurde das Lokal von Lange, Neue Königsstr. 43, ausgehoben.

Staffelung der neuen Mietzuschläge.

Der Magistrat Berlin hat, vorbehaltlich der Bestätigung durch die Stadtordnungsversammlung, den neuen Mietzuschlag zur Friedensmiete, der diesmal in Abweichung von der bisherigen Praxis zu einem ganz bestimmten Termin, nämlich am 1. Januar 1922, in Kraft treten soll.

Unserer Beraberung gemäß ging der Doktor nebst Frau, Pintsker und Kanarienvogel sofort an Bord, mich zurücklassend, um unser Hab und Gut solange zu bewachen, bis die kleine Dampf-Lancha, die sie schicken wollten, zur Abholung käme.

Es war ein heißer Tag und so still, daß sich kein Blättchen regte, kein Stäubchen hob.

Der Anblick des leeren Hauses, der verlassenen kleinen Palmhütte, die mich einzuladen schien, noch einmal hineinzutreten, einige zurückgelassene wertlose Sachen — alles erweckte in mir ein Gefühl der Einsamkeit, Debe und Verlassenheit, das unbeschreiblich war.

Und gedankenvoll wandte ich mich ab und ging nach dem Fluß hinunter.

Nach beinahe zehn Jahren fügte es sich, daß ich die Stätte unserer trübten Erfahrungen wieder sah, aber ich kannte sie nicht wieder.

Am Hafen sehe ich Gebäude eines Stils, der schon noch Höherem strebt, darunter eine Capitania und ein kleines Hotel. Dann kommen Pflanzungen und saubere Kolonistenhäuser, und der hohe, düstere Urwald hat zu beiden Seiten der Pflade weit zurückweichen müssen.

Dann kommt das freundliche Schulhaus, welches, wie mir scheint, nicht weit von der Stätte steht, wo ich einmal im Fieberrausch auf die Nase fiel. Und noch weit, weit vor mir sehe ich die Spuren erfolgreichen menschlichen Schaffens.

Kolonisten aus Weltsehmerz

Von Wilhelm Kienast.

(Schluß.)

16. Es regnet durch! — Jammerstimmung. — Explosion.

2. Oktober. Wir fühlen uns alle nicht wohl. Wir Männer wissen überhaupt nicht recht, was wir jetzt am besten anfangen sollen. Liegt wohl daran, daß überhaupt keine Stimmung zum Arbeiten vorhanden ist.

Wir sitzen gerade beim Nachmittagsstee. Plötzlich tropft es in meine Tasse, dann in den Zucker, dann hier, dann dort — in die Betten, überall. Jemandem macht die überflüssige Bemerkung, daß das Dach noch nicht dicht ist.

Wir hauen uns unter der kleinen Ecke des Daches hin, das Pedro gedeckt hatte und das dicht war; aber das Wasser rieselte auf dem unebenen Fußboden nach uns hinüber.

3. Oktober. Die Sonne scheint wieder und wir räumen beinahe alles aus, um es trocknen zu lassen. Es wird auch leidlich trocken, aber ehe wir die ganzen Sachen wieder hineinschaffen können, kommt ein plötzlicher, heftiger Regenschauer, und alles war umsonst.

ernstlichen Beratung zusammen, wovon wir hier eigentlich existieren sollen und was aus uns werden soll, wenn die Lebensmittel verbraucht sind.

Dann schließe ich mit der Bemerkung, daß zweimal wöchentlich Dampfer nach unten fahren und daß für Leute unseres Schlages die Stadt der richtige Platz sei.

Hier schließt mein Tagebuch.

17. Rettung! — Mein Abschied. — Nach zehn Jahren.

Nachdem wir uns einmal über das Vorgelegte verständigt hatten, richteten wir einen Signaldienst ein, um einen der vorbeifahrenden Dampfer zu unserer Rettung zu veranlassen.

Endlich organisierten wir auch einen Nachdienst und nahmen das Feuer zu Hilfe. Wir hatten einen mächtigen Scheiterhaufen aus Dachstroh und Reisig an der Barranca errichtet, und als wir eines Nachts aus der Nähe den Piff eines stromabfahrenden Dampfers hörten, zündeten wir den Haufen an und sprangen, Renoloverkschüsse loslassend, mit frenetischem Kannibalengeheul um denselben herum.

Schluß des Zeugenverhörs.

F. Kl. Leipzig, 14. Dezember.

Aus der Zeugenaussage Südekums ist noch herauszuheben: Auf das Angebot Kapps, in seine Regierung einzutreten, antwortete Südekum, daß schon die Beamten, die ihren Eid der verfassungsmäßigen Regierung geleistet hätten, sicher jeden Minister unmöglich machen würden, der wirklich so gewissenlos wäre, den Vorschlag Kapps anzunehmen. Uebrigens sei nicht Kapp dazu berufen, Minister zu ernennen, sondern der Reichspräsident. Darauf drehte sich Kapp um und sagte zu Falkenhäuser: „Daran haben wir ja noch gar nicht gedacht. Den Reichstag und Landtag habe ich aufgelöst, da setze ich Ebert hiermit auch ab.“ Auf Vorhalt der Verteidigung erklärte Südekum auf das allerbestimmteste die Behauptung Dogés, er habe um Aufnahme in die Kapp-Regierung ersucht oder gar erklärt, über die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs ließe sich reden, für einen Unsinn.

Immer mehr zerflattert der Rebel, in den die Kappisten und ihre Verteidiger die Ereignisse der Märztage einzuhüllen suchen. Die Aussagen der Minister Dominicus und Südekum haben die in den letzten Tagen von Kapp-Zeugen aufgestellten Verwirrungsmomente wieder beseitigt. Insbesondere die klaren Darlegungen Südekums lassen keinen Zweifel darüber, daß die Darstellung der Angeklagten, sie hätten an die tatsächliche Machtergreifung durch Kapp-Lüttwieg glauben und deshalb ihnen folgen müssen, durchaus falsch ist. Die Kappisten konnten nur wenige Augenblicke diese Meinung haben, etwa wie Einbrecher die tatsächliche Macht in den Händen haben, bis die Polizei kommt. Tatsächlich hatten schon am Sonnabend, den 13. März, die verfassungstreuen Kreise sich um die Aufklärung der Truppen bemüht und sicher schon am Sonntag mehrere Hundertschaften der grünen Polizei so weit beeinflusst, daß sie zum Widerstand gegen die Kappisten bereit waren. Alle Ausflüchte der Kappisten wurden abgetan durch eine Ermüdung: sie forderten Amnestie, weil sie ihre strafgerichtliche Schuld anerkannten.

Minister Defer schildert dem Gericht eingehend, wie Jagow selbst ihn im Ministerium besuchte, sich als Minister vorstellte und ihn aufforderte, in das Ministerium Kapp als Verkehrsminister einzutreten. Dabei waren die anwesenden preußischen Minister sämtlich auf Anordnung der Kappisten „verhaftet“, d. h., sie sollten das Ministerium nicht verlassen. Für Defer wollte Jagow die sofortige Freilassung erwirken, weil er hoffte, daß er den Generalstreik verhindern könne. Da Defer aber nicht ging, ohne gleichzeitige Freilassung auch der übrigen widerrechtlich festgehaltenen Minister, so ist nach einigen Stunden denn auch deren Freilassung angeordnet worden. Auch Defer und Dominicus bestätigten auf Befragen die Tatsache, daß Kapp in Gegenwart von Jagow und seinen sonstigen Mitarbeitern „auch Ebert hiermit für abgesetzt“ erklärte.

Von lebendiger Wirkung war auch die Darstellung des Generals Reinhardt über die militärischen Ereignisse. Dieser General, in der verfassungsmäßigen Regierung gehalten. Eine der wichtigsten Forderungen, die Lüttwieg am 10. März dem Reichspräsidenten unterbreitete, war auch die Absetzung des Generals Reinhardt. Nach der Ueberzeugung Reinhardts mußte damals in Berlin Widerstand geleistet werden, schon damit nicht im Lande der Einbruch entstände, als ob die Regierung auf die Staatsgewalt verzichte. Nach seiner Meinung wäre der Kapp-Putsch auch militärisch binnen weniger Tage zusammengebrochen, denn die Mehrheit der Reichswehr stand zur Verfassung und zur Regierung. Auf eigene Kappe das Kommando zu übernehmen, war nicht möglich, weil die Reichswehr als Einrichtung noch jung war. General v. Odershausen, der ehemalige Generalstabschef im Reichsgruppenkommando I war, hatte schon wochen- und monatelang vorher bemerkt, daß Lüttwieg sich in falschen Bahnen bewegte. Er hatte wiederholt versucht, Lüttwieg davon zu überzeugen, daß er von Kapp lassen müsse. Dafür hat Lüttwieg ihn nur links liegen lassen und ist seine Wege weitergegangen. Am 10. März, als er Lüttwieg zu Ebert begleitete, wurde er plötzlich durch die politischen Forderungen überrascht, die Lüttwieg überbrachte und wovon vorher keine Rede gewesen war. Der Reichspräsident habe in durchaus ruhiger Weise auf die Forderungen geantwortet, dagegen habe Koste in sehr scharfer Form die ultimativen Forderungen abgelehnt und das Ganze als eine Provokation der Generale erklärt, der er sich auf keinen Fall fügen werde. Noch bei der Hinfahrt hat Lüttwieg den Zeugen mit Verhaftung bedroht, weil er ihm abriet, seine politischen Forderungen vorzubringen. Infolge Verurteilung hat Lüttwieg geglaubt, nicht mehr warten zu können und auf jeden Fall loszuschlagen.

Eine ganze Reihe der Staatssekretäre und Ministerialdirektoren schilderte heute, wie sie unter Befehl ihrer Ministerien von der neuen Regierungsgewalt Kämter angeboten erhielten, diese aber ablehnten.

Zum Schluß gelangten noch auf Ersuchen des Oberreichsanwalts drei Briefe zur Verlesung, die bei Schiele gefunden worden sind. Sie sind sämtlich mit B. gezeichnet und stammen augenscheinlich von Oberst Bauer. In allen dreien — sie stammen vom Dezember 1919 und Januar 1920 — ist die Rede von Vorkonferenzen, die abgehalten wurden, und von geheimen Personen, die nach Verschwörerart unter Decknamen auftauchen. So wird gesprochen von einem Pastor, womit augenscheinlich Traub gemeint ist, und Dr. Sch., was das Signum für Dr. Schiele zu sein scheint. In einem der Schreiben wird der Empfänger beauf-

tragt, beim Pastor sich nach dem „Betriebskapital“ zu erkundigen. Das war wohl die Hauptsache!

R. A. Grünspach: Sie sind der Ansicht, daß das Amnestiebegehren der Kapp-Deute eine Schuldbejahung in sich einschloß? Reinen Sie nicht, daß man auf Seiten Kapps der Ansicht gewesen ist, es handele sich bei den ganzen Besprechungen um Vergleichsverhandlungen? Zeuge: So ist das nicht. Die Reichsregierung verhandelte gar nicht, sondern ich wollte aus Opportunitätsgründen den Urpartnern es ermöglichen, ohne Blutvergießen sich aus Berlin zurückzuziehen. J. A. Görres: Bei den Verhandlungen über die Amnestierung im Reichsjustizministerium sollen Sie die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion derart zugesichert haben, daß Sie erklärten, das Gesetz könne passieren, ohne daß die sozialdemokratische Fraktion dazu Stellung nehmen werde. Zeuge: Daran entsinne ich mich nicht. R. A. Grünspach stellt den Beweisantrag, Herrn Geheimrat Dogé nochmals als Zeuge hier zu vernehmen, um die Widersprüche aufzuklären, die sich zwischen seinen und den Aussagen des Herrn Ministers a. D. Südekum ergeben haben.

Hierauf wurde Minister a. D. Defer, jetzt Landeshauptmann der Provinz Sachsen, vernommen. Er erklärte: Mein Ministerium war am 13. März morgens von Truppen besetzt worden. Bald darauf kam ein Offizier des Herrn v. Lüttwieg, der uns unsere Tätigkeit mit meinen politischen Freunden verwehrte: „Die Arbeit hier hört auf!“ Um 12 Uhr mittags kam dann Herr v. Jagow zu mir und stellte sich als Minister des Innern vor. Er fragte mich, ob ich bereit sei, in die Regierung einzutreten. Ich sagte ihm, daß ich vor allen Dingen mit meinen politischen Freunden in Verbindung setzen wollte, denn mir lag natürlich daran, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten. Herr v. Jagow versprach mir darauf, daß ich bald aus der Haft entlassen würde. Ich erwiderte, ich verlasse das Haus nicht, sondern nur in Gesellschaft meiner Kollegen. Mittags fuhr ich dann mit den Herren Dominicus und Südekum in die Reichskanzlei, die durchaus den

Eindruck einer Schieber- und Händlerböfse machte, in der Stellenjäger aller Art umherliefen, die ein Stück von der Beute erhalten wollten.

Minister Defer berichtet dann weiter über die Verhandlungen im Reichsjustizministerium: Minister Schiffer hatte zunächst betont, daß er die Absicht habe, dem Reichstag ein allgemeines Amnestiegesetz vorzulegen. Als dann aber General Lüttwieg seinen Rücktritt ablehnte, erklärte Schiffer, daß damit alle bisherigen Verhandlungen erledigt seien und er weitere Verhandlungen ablehnen müsse.

Als dann die drei früheren Minister Dominicus, Defer und Südekum entlassen werden sollen, widerspricht der Oberreichsanwalt der Entlassung Dr. Südekums. R. A. Grünspach beantragt darauf, den Geheimrat Dogé noch einmal als Zeugen darüber zu vernehmen, daß er von Südekum nicht zu einer Unterredung bestellt, sondern mit seiner Gattin zu Besuch gebeten worden sei, daß Südekum ferner telefonisch um eine Aufnahme in das Kabinett Kapp gebeten und Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Reichstagspräsident vorgeschlagen habe.

Minister a. D. Dr. Südekum ergänzt darauf seine Aussage durch folgende Ausführungen: Ich habe den Ausdruck „bestellen“ nicht absichtlich gebraucht. Ich konnte Geheimrat Dogé keine Befehle geben, denn ich war Finanzminister und er war im Ministerium des Innern. Frau Dogé kenne ich nicht, und es wäre zum mindesten eigenartig gewesen, wenn ich sie zu 10 Uhr abends zu mir eingeladen hätte. Möglicherweise liegt hier aber ein Mißverständnis vor. Mir lag nichts an einem freundschaftlichen Verkehr mit Geheimrat Dogé, sondern ich wollte mit ihm wegen der Haltung der Sippe sprechen. Keine Aufregung bei der Unterredung war nicht übernormal, sondern durchaus normal und erklärlich. Die heutige Wiederholung einzelner Redemomente geschah nur, um sie Herrn Dogé ins Gewissen zu hämmern. Ich wiederhole, Geheimrat Dogé verließ mich als ein innerlich gedrogener Mann. Von seiner anfänglichen Sicherheit war er nachher ganz und gar abgekommen. Uebrigens hatte ich das bekannte Mittel angewandt, reichlich Alkohol zur Verfügung zu stellen. Ich sagte Dogé: Die Namen Kapp und v. Jagow bedeuten eine solche Provokation, daß jedes Verhandeln darüber ausgeschlossen sei. Wenn Sie noch wenigstens den Namen Hindenburg auf Ihrer Seite hätten, dann wäre es noch immer etwas anderes. Herr Geheimrat Dogé befindet sich im Irrtum, wenn er glaubt, daß ich mich um ein Amt in der Kapp-Regierung beworben habe. Dieser Gedanke war

nach meinem ganzen Verhalten ausgeschlossen.

Ich bleibe bei meiner bisherigen Aussage und nehme sie völlig auf meinen Eid. Ich möchte aber betonen, daß ich nicht mit einem Unternehmen einverstanden war, an dessen Spitze Herr v. Hindenburg stand. — Darauf wird der Zeuge entlassen.

Staatssekretär Guitav Müller berichtet dann über die militärische Besetzung des Wiederaufbauministeriums.

Staatssekretär Dr. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium befand, daß seine Behörde erst am späten Abend des 13. militärisch besetzt worden sei.

Jagows Bleibe.

Ministerialrat Dr. Bahr vom Ministerium des Innern sagt aus, daß am Morgen des 13. der Amtsbote des Ministers ihm telefonisch die Mitteilung gemacht habe, daß die preußische Staatsregierung auf seine, des Zeugen, weitere Mitarbeit verzichte und ihn ersuche, das Haus zu verlassen. Auf die Frage, wer die neue Regierung sei, erklärte der Amtsbote, Herr v. Jagow sei jetzt Minister des Innern. Herr v. Jagow habe dann auch die beiden von dem Zeugen im Ministerium bewohnten Räume für sich beschlagnahmt. Er, der Zeuge, habe sich gemeldet, den Anordnungen v. Jagows Folge zu leisten. — v. Jagow:

Ich mußte doch irgendwo in Berlin bleiben,

denn insofern des Generalstreits konnte ich nicht nach Potsdam zurück. Uebrigens ist mir auch der Vorwurf gemacht worden, daß ich die Tochter des Ministers Heine rücksichtslos aus ihrer Wohnung ausgewiesen hätte. Mir wurde am letzten Tage des Unternehmens gemeldet, daß für viele Offiziere Unterkommen benötigt würden. Mein Vorgehen beruhte also nur auf sachlichen Gesichtspunkten.

Dann folgt die Vernehmung des Eisenbahndirektionspräsidenten Wulff-Berlin. Am 13. März, so bekundet der Zeuge, kam Herr v. Wangenheim zu mir und bat um die Erlaubnis, mit meinen Beamten sprechen zu dürfen. Ich habe es abgelehnt. Herr v. Wangenheim sprechen zu lassen, ließ ihm aber die Möglichkeit, dies zu tun, falls meine Beamten selbst den Wunsch äußerten. Die Versammlung der Beamten lehnte das jedoch ab.

Hierauf erfolgt die Vernehmung des früheren Chefs der Heeresleitung, Generalleutnant Reinhardt, der über die Vorgeschichte des Unternehmens eingehend berichtet. Dann kam General Reinhardt auf die Vorgänge am Abend des 12. März zu sprechen: Ich inspizierte, um mir ein Bild von der Lage zu machen, die Truppe des Oberst v. Tansien im Regierungsviertel sowohl wie die am Bendler-Block. Sowohl bei Tansien wie bei dem Kommandeur des Bendler-Blocks fand ich klare Festigkeit, dagegen war das bei General v. Oden nicht der Fall.

Er machte sich große Sorgen über einen eventuellen Zusammenstoß. Ich erklärte ihm aber, es muß unter allen Umständen geklärt werden, das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. In der Kabinetsitzung stand bei der Beratung über die Frage der Aufnahme des Kampfes General v. Oden unter starkem seelischen Druck. Er sah den Gegner zu groß und schätzte unsere eigenen Truppen zu schwach ein. Unsere Brigaden 3 und 15 waren durchaus kampffähig und gut. Nur war die Brigade Ehrhardt etwas stärker. Aber in der Verteidigung, im Straßenkampf waren wir im Vorteil. Allerdings war Ehrhardt als Führer von sonalischer Energie. Während also die Generale v. Oden und Odershausen von einem Kampf abrieten, war ich anderer Ansicht. Ich dachte an die Verhältnisse im ganzen Reich. Ich wußte, daß der größte Teil der Truppen sich dem Putsch nicht anschließen würde. Ich hatte in die Gesamtheit der Abwehr volles Vertrauen. Ein eventueller Zusammenstoß an der Charlottenburger Brücke oder am Brandenburger Tor wäre nur eine Episode gewesen.

Es mußte zunächst einmal geschlossen werden. Der Staat mußte sich auf seine Existenz verlassen können.

Mit dieser Ansicht bin ich leider nicht durchgedrungen. Allerdings möchte ich betonen, daß die anderen Generale nicht etwa den Gehorsam verweigert hätten. Sie hielten nur an ihrem Standpunkt fest, daß der militärische Erfolg sehr fraglich gewesen wäre. Am nächsten Morgen fuhr ich dann zum General v. Hülsen nach Potsdam. Ich habe gelesen, daß er hier neulich ausgefragt hat, ich hätte auf seine Frage, wo sich die Regierung befände, geantwortet: „Die ist zerplatzt.“ Ich lehne diesen Ausdruck ab, weil ich es für ausgeschlossen halte, daß ich ihn gebraucht habe. Ich konnte Hülsen nicht sagen, wo sich die Regierung befand, solange ich nicht wußte, ob er zuverlässig war. Und das war so lange fraglich, als er zu Lüttwieg wollte. Damit ist die Vernehmung des Generals Reinhardt beendet und es tritt eine Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wurde dann Generalleutnant v. Odershausen vernommen. Er sagt aus: Bis zum 1. August war ich Chef des Generalstabes des Reichsmehrtruppenkommandos I. General v. Lüttwieg hat mit mir wiederholt über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands nach der Revolution gesprochen. Ueber seine Ziele war sich General v. Lüttwieg wohl klar, aber nicht über die Wege, die er einschlagen mußte. Lüttwieg sprach sich jedoch immer in dem Sinne aus, daß die Verfassung respektiert werden müsse. Den Plan eines gewalttätigen Umsturzes hat er mir gegenüber nie laut werden lassen. Bei der Auflösung der Freikorps kam es zwischen Erzellenz Lüttwieg und mir zu Differenzen. Im Februar 1920 wurde dann die Spannung zwischen uns verstärkt, da ich mit meinen Ansichten über die Gefahr eines links-politischen erheblich von denen des Herrn v. Lüttwieg abwich. Ich glaubte nicht an die drohende Gefahr einer Aktion von links. Ich erfuhr damals, daß Herr v. Lüttwieg in enger Fühlung mit Kapp, Ehrhardt, Dr. Schiele und anderen Leuten stand. Die Dinge waren so weit gediehen, daß ich mich Ende Februar zu Erzellenz Lüttwieg begab und ihn bat,

sich von Kapp frei zu machen.

Herr v. Lüttwieg erwiderte mir, daß dies den Generalstab nichts angehe. Ich bedeutete ihm jedoch sehr deutlich, daß bei einem etwaigen Gewaltakt, weder ich noch mein Generalstab ihm Gehilfschaft leisten würden. Ich habe damals nicht, wie hier von einem Zeugen behauptet worden ist, ein Doppelspiel getrieben, sondern ich habe General v. Lüttwieg gegenüber offen gehandelt und mit meinen Ansichten nicht hinter dem Berge gehalten. — Vorl.: Fand diese Aussprache nach der Parade in Döberitz statt, bei der Herr v. Lüttwieg die bekannte Ansprache hielt? — Zeuge: Jawohl. Und diese Ansprache war ein weiterer Grund für mein Verhalten. Es gelang mir damals, Erzellenz Lüttwieg und Erzellenz Hergt zu veranlassen, General Lüttwieg aufzusuchen. Weiter hat ich den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Geheimrat Berger, auf Herrn v. Lüttwieg beruhigend einzuwirken. Ich war sehr froh, als ich hörte, daß Herr v. Lüttwieg selbst den Wunsch äußerte, eine Aussprache mit dem Reichspräsidenten zu haben. Am 10. März holte ich Lüttwieg zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten ab. Lüttwieg hatte außer dem politischen Programm auch noch ein militärisches vorbereitet. Er verlangte die Schaffung des

Possens eines Oberbefehlshabers der ganzen Armees

für seine Person, die Absetzung des Generals Reinhardt und Widderrufung des Befehls zur Auflösung der Marinebrigaden. Die Unterredung mit dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister verlief infolgedessen sehr dramatisch, da Lüttwieg seine Forderungen in scharfster Form vortrug.

Am anderen Morgen wurde ich zu Reichswehrminister Koste gebeten, bei dem ich General Reinhardt vorkam. Minister Koste beauftragte mich, Erzellenz Lüttwieg zu veranlassen, seinen Abschied zu nehmen.

Die Brigade Ehrhardt war damals durch Freiwillige auf 10 000 Mann gebracht worden. Ich hatte erst versucht, den Anmarsch zu hindern, indem ich die Havel durch General Hülsen mit Potsdamer Truppen absperren wollte. Aber das war nicht mehr möglich. Oberst Tansien, dem der Schutz des Regierungsviertels übertragen war, versprach mir in die Hand, Widerstand zu leisten. Ich versuchte ein Lehtes und fuhr Ehrhardt nach Döberitz entgegen. Unterwegs traf ich seine Truppen, hörte von ihnen, daß er selbst noch in Döberitz sei. Ein Ueberfall auf die Brigade Ehrhardt, so wie der Minister Koste ihn neulich hier geschildert hat, und wie er ihn ausführen wollte, war ganz unmöglich, denn die Brigade marschierte kriegsmäßig, d. h. mit Spigen- und Flankenbedeckung auf der Landstraße. In Döberitz, wohin mich General Oden begleitete, fanden wir Ehrhardt auf dem Sofa schlafend vor. Wir weckten ihn und suchten ihn in letzter Stunde zu bewegen, von seinem Vorhaben abzulassen. Er erklärte aber, daß er nicht mehr zurückzuziehen, da andere Truppen sich ihm angeschlossen hätten und ebenfalls schon marschierten. Ich sagte zu ihm: Auf einen Kampf müssen Sie sich

MEINE GUTE ALTE

lasse ich mir nicht nehmen.

Massafy-Caid-Zigarette 60s

KON LINON

Fett-Gänse ... Pfund **17⁵⁰**
Gänsekeulstücke ... Pfund **18⁰⁰**
Gänseklein ... Stück **17⁵⁰**
Junge Puten ... Pfund **18⁰⁰**
Kaninchen gefroren ... Pfund **6⁰⁰**
Hasen gestreift ... Pfund **11⁰⁰**

HERMANN

Karpfen lebend Pfund **12¹⁵**
Frisch. Seelachs ... Pfund **4⁹⁰**
Frischer Lengfisch Pfd. **4⁹⁰**
Grüne Heringe ... Pfund **5⁰⁰**
Gr. Salzheringe ... Stück **45^{PL}**
Geräuch. Sprotten Pfd. **11⁰⁰**

Leipziger Strasse **Frisches Fleisch** Alexanderplatz

Frischgebr. Kaffee **39⁵⁰**
aus eigener Rösterei ... Pfund
Kaffeemischung **7⁵⁰**
mit 10% Kaffeebohnen ... Pfund

Rinder-Querrippe Pfd. **11⁰⁰**
Schmorfleisch ... Pfund **13⁰⁰**
Kalbskamm ... Pfund **12⁰⁰**
Kalbsbrust u. Rücken **13⁰⁰**
Kalbskeulen ... Pfund **14⁰⁰**
Hammel-Vorderfleisch **12⁰⁰**

Weizenmehl **5²⁵**
feinstes, 70% ... Pfund
Auszugmehl **6²⁵**
feinstes ... Pfund

Grünkohl ... Pfund **40⁰⁰**
Weisskohl ... Pfund **1²⁰**
Sellerie gross Köpfe ... Pfund **2⁵⁰**
Tafeläpfel ... Pfund **4⁰⁰**
Zitronen ... Stück **95^{PL}**
Apfelsinen ... Stück von **1⁵⁰**

Landleberwurst ... Pfund **16⁵⁰**
Rotwurst ... Pfund **16⁵⁰**
Bauernmettwurst ... Pfund **19⁵⁰**
Salami ... Pfund **34⁰⁰**
Cervelatwurst ... Pfund **36⁰⁰**
Corned beef ausgezogen ... Pfund **12⁰⁰**

Rangon-Reis ... Pfund **5⁷⁵**
Weizengriess ... Pfund **5⁵⁰**
Rangon-Bohnen ... Pfund **3⁵⁰**
Viktoria-Erbesen ... Pfund **4⁹⁰**
Bandnudeln ... Pfund **6⁷⁵**
Nudeln mit Fruchtl. ... Pfund **9²⁰**

Korinthen Pfund **18⁰⁰**
Rosinen ... Pfund **20⁰⁰**
Sultaninen ... Pfund **32⁰⁰**
Voilei ... Pfund **28⁰⁰**
Backpulver ... Paket **40^{PL}**
Vanillinzucker ... Paket **45^{PL}**

Tee chinesisch ... Pfund **39⁵⁰**

Sauerkirschen 2 Pfund-Quas mit S. eines.. **12⁰⁰**

Tafel-Margarine Pfund **26⁰⁰**

Rinderfett Pfd. **27⁰⁰**

Preise einschliesslich Flasche. Auf Weine 20% Steuerzuschlag

Montagna-Naturrotwein 1/2 Fl. 12⁵⁰ 10 Fl. 120⁰⁰	1917/18^{er} Ingelheimer ... 1/2 Fl. 17⁵⁰	Feiner alter Tarragona ... 1/2 Fl. 32⁵⁰	1917^{er} Chateau Latour Sourg. 1/2 Fl. 32⁵⁰
Bowlenwein 1/2 Fl. 12⁵⁰ 10 Fl. 120⁰⁰	1920^{er} Hackenheimer Galgenberg 1/2 Fl. 17⁵⁰	1919^{er} Niersteiner ... 1/2 Fl. 18⁵⁰	1917^{er} Dürk. Feuerberg 1/2 Fl. 175⁷⁵
Weinbrand-Verschnitt ... 1/2 Fl. 56⁰⁰	Deutscher Weinbrand ... 1/2 Fl. 62⁵⁰	Brauns Auslese-Weinbrand 1/2 Fl. 67⁵⁰	Jamaica-Rum 40% ... 1/2 Fl. 75⁰⁰

Am Sonntag, den 18. Dez., bleiben unsere Geschäfte von 1-6 Uhr geöffnet

Ziehung 20. u. 21. Dezember
Preussische Staats-Lotterie
 600 000 Lose mit 275 000 Gewinnen in 6 Klassen im Gesamtbetrag von über
172 Millionen M.
 GARANTIRT
 2 mal **750 000 M.**
 4 mal **500 000 M.**
 4 mal **300 000 M.**
 Achtel-Lose 10.- M., Viertel-Lose 20.- M., Halbe Lose 40.- M., Ganze Lose 80.- M. Postgebühren und Gewinnliste 1.- Mark.
Kröger, Statth. Lotterien-Einnehmer Berlin W8
 Friedrichstraße 192/193, nahe Leipziger Str.

Schnürschuhe 45-60 gut durch-repariert, neu besetzt
Schaftstiefel 75
Herren-Ulster neue Schulmapp. 60 M.
Militär-Mäntel, Rösche (abbehaft) billiger!!!
 ferner gr. Posten verch. Geschirr- u. Leder-sachen, Sohlenleder zu ausserw. bill. Preisen
Lampen, Kronen, Wirtschaftsart.
 Franseckystrasse 28 Eckladen Rykestrasse Humboldt 2294
 Frankfurter Allee 317 Köpenicker Str. 72
 Reinickendorfer Str. 37 Wittstocker Str. 10
 Spandau: Charlottenstrasse 2, Spandau 4
 Charlottenburg: Spandauer Str. 35, Wilm. 1708
Schuhfabrik-Niederlage
 H. Lamprecht, Bin.-Treptow, Baudstr. 11 liefert direkt an Private Stoffe für Herren und Damen zu Fabrikpreisen. Militär- u. Balletstiefel. Geschäftsjahr von 1. 9-7 Uhr

Als schönes Weihnachts-Geschenk empfehlen wir unsere Neuausgaben **Kriegs- und Jagderlebnisse in Ostafrika 1914-16.** Von einem Sozialisten. Gebunden Mk. 30.-
„Die letzte Grünwettersbach“
 Von Oswald Bergener Best. Familienrom. mit prachtv. Naturschilder. Stark. Bd. in Lein. M. 30
 Veri Grunow & Co., Leipzig 11, Inselstr. 26

Schlechterwerke
 Peter Schlechter
 Markgrafenstrasse 27
 Ecke Krausenstr.

Musik-Instrumente
 für Orchester und Haus, nur eigene Fabrikate, konkurrenzlos. liefert zu Festgeschenken die grösste Instrument-Fabrik Deutschlands.
J. Altrichter
 Frankfurt a. Od. Pläule Berlin C Königsstrasse 1-6 Kataloge gratis!

Neue Haut
 erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung durch die echte Vater-Philipp-Schnäur à 12 M. vom Tutogen-Laborator, Dresden-Zschachwitz 146. Schält Pickel, Mitesser, Sommerpross. Haut-unreinig. usw. ab, lässt anmutige junge Haut zum Vorschein kommen. Erh. 1 & 4 Eiertannenapotheke, Leipz. Str., u. Droger. Basianstr. 2, Fehmarstr. 3, Reinickens. Str. 119, Charlottenstr. 76, Pauck, Prinzt. 6

Poliklinik f. unentgeltliche Beratung
 für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden, frische u. besonders veraltet, etc. nervöse Störungen, Mannesschwäche, Haarausfall usw. jeden Dienstag u. Donnerstag 11-1. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 117, Rathenower Str. 73, am Kriminalgericht. Bei fehlender Broschüre völlig diskret gegen 2 M. Leiden angeben.

Jagdgewehre
 Automatische Pistolen usw. Visiour, Rechi. Umständl. Gesuch-Zettel
Gust. Rätzel
 Berlin W8, Markgr. fuxstr. 50

Krause Pianos zur Miete
 Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr.

SO kaufen Sie bei uns!

Flotter Mantel
aus hübschem strapazierfähig. Fantasiestoff mit mod. Samtgarnitur

115.-

Mod. Mantel
mit dem eleg. Passenschnitt. Reich bestickt

135.-

Jugendl. Mantel
aus hübsch. Zibellnestoff. Reiche Stepperverzierung

165.-

Mod. Mantel
aus kräftiger Diagonalewäre mit den beliebten bestickt. lose hängenden Seitenteilen

195.-

115.- 135.- 165.- 195.-

Nur ein Stück an jeden Kunden! Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

C&A
Königstraße 33
 Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße
 Beim Stettiner Bahnhof